

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 35

Erste Ausgabe
Bezugpreis vierteljährlich 1,50 RM. Nur Postbezug.
Bestellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 28. August 1927

Geschäftsstelle: Berlin G. 2, Neuer Markt 5-12 IV
Fernruf: Merkur 8529.
Einzelgen werden nicht angenommen.

43. Jahrgang

Koalitionsfreiheit und soziale Reaktion.

Fast jeder Fortschritt der modernen politischen Demokratie ist eine Errungenschaft harter Klassenkämpfe des Proletariats. Der Kampf um das Wahlrecht, um ein durch die Arbeiterschaft beeinflusstes Parlament, ist in der neueren Geschichte häufig mit dem Kampfe um das Koalitionsrecht, um die gewerkschaftliche Freiheit verbunden. Besonders in der englischen Geschichte wird um die politische Demokratie und um die Koalitionsfreiheit in engster Verbindung miteinander gerungen und die Form und die Richtung der Beteiligung der Arbeiterschaft am politischen Leben hängt in sehr hohem Grade vom Stande der Koalitionsfreiheit ab. Die englische Arbeiterpartei verdankt ihre Entstehung in erster Reihe einem Verteidigungskampfe, der gegen die Angriffe der Gegner des Koalitionsrechtes ausgefochten wurde.

Es ist kein Zufall, wenn vor dem Kriege die fortgeschrittene Demokratie eines Landes nicht nur durch die politischen Freiheitsrechte und den Umfang des Wahlrechts, den Einfluß des Parlamentarismus, sondern auch durch den Entwicklungsgrad des Koalitionsrechtes gekennzeichnet wurde. Es ist kein Zufall, wenn die Arbeiterbewegung Englands und Frankreichs gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts das größte Maß der Koalitionsfreiheit und der politischen Freiheit besaß. In Frankreich wurde das Vereinsrecht der religiösen Gemeinschaften eingeschränkt, die Gewerkschaften genossen aber eine bevorzugte Stellung. In den Ländern der Scheindemokratie, des Halbabsolutismus, wie Deutschland und Oesterreich, war die Koalitionsfreiheit durch die verschiedensten Ausnahmerebestimmungen — denken wir nur an den § 153 der deutschen Gewerbeordnung — eingegengt, und in den Ländern des Absolutismus fehlte das Koalitionsrecht völlig.

Die revolutionäre Welle, die nach dem Kriege über Europa ging, räumte in den besiegten Ländern nicht nur mit den Resten des Absolutismus auf, sondern sprengte auch die Fesseln des Koalitionsrechtes. In den neuen Verfassungen, wie etwa in den Artikeln 124 und 130 der Weimarer Verfassung, wurde das Koalitionsrecht verankert, die Gewerkschaften erhielten Anteil an den verschiedensten staatlichen Einrichtungen, der für die gewerkschaftliche Organisation typische Arbeitsvertrag, der Kollektivvertrag, wurde unabhängig und konnte auch für allgemeingültig erklärt werden. Durch die Betriebsräte und durch die Regelung des Kollektivvertrages erlangte die organisierte Arbeiterschaft höhere Rechte als in den Ländern der alten Demokratie. Die Fernwirkung der ost- und mitteleuropäischen Revolution bekam man auch in den Siegerländern zu verspüren, und in die Friedensverträge, in die Verfassung der

Internationalen Arbeitsorganisation zog siegreich der Grundsatz der Koalitionsfreiheit ein.

Die Ebbe der ost- und mitteleuropäischen Revolution und die Flut einer neuen Reaktion zeitigte Erscheinungen, die man oft mit dem Schlagworte „die Krise der Demokratie“ bezeichnet hat. Die sogenannte Krise der Demokratie ist gleichzeitig eine Krise der Koalitionsfreiheit. In den rückständigen Ländern Europas, wo die junge, nicht gefestigte Agrardemokratie einer offenen oder verhüllten Diktatur Platz machte, wurde auch gegen den Grundpfeiler der Arbeiterbewegung, gegen die Gewerkschaften, angekämpft. Da unter den Ländern der Diktatur Italien die verhältnismäßig größte Unabhängigkeit und das größte außenpolitische Eigengewicht besitzt, kann sich der italienische Faschismus den höchsten Grad in der Unterdrückung der Gewerkschaften erlauben. In Litauen, in Bulgarien, in Rumänien und Ungarn werden die Gewerkschaften ebenso oder fast ebenso stark unterdrückt wie in Italien, aber nur Italien macht aus der Unterjochung eine Tugend und brüstet sich mit der neuen Heilslehre eines „corporativen“ Staates.

Wie tief dennoch der Gewerkschaftsgedanke Wurzel geschlagen hat, beweist der Umstand, daß selbst Italien den völligen Bruch mit dem Grundsatz der Gewerkschaftsbewegung nicht wagt, daß es Scheingewerkschaften aufrichtet, Scheingewerkschaftsbeamte ernannt und seine Ideologie auf einen Scheinhyndalismus aufzubauen versucht. Die ganze faschistische Ideologie, die äußere Dekoration des faschistischen Gewalstaates, ist nichts anderes als ein Lieblingen mit der gewerkschaftlichen Ideologie, ein Sackklammer an die Leuchterleuchten der Gewerkschaftsbewegung. Die Stärke des Gewerkschaftsgedankens und die Schwäche des Faschismus offenbart sich eben darin, daß der Faschismus für die Gewerkschaften ebenso gezwungen ist, ein Lippenbekenntnis abzulegen, wie die Scheindemokratie, der Halbabsolutismus für die Demokratie.

Die reaktionäre Welle macht an den Staatsgrenzen ebensowenig Halt wie die revolutionäre. Auch in den demokratischen Ländern ist eine gegen die Koalitionsfreiheit gerichtete Strömung wahrzunehmen. In Norwegen wird durch die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit das Streikrecht beeinträchtigt, in Frankreich macht sich eine Bewegung gegen das Koalitionsrecht der Staatsangestellten bemerkbar. Und im ältesten Lande, man kann sagen im Mutterlande der Koalitionsfreiheit und der Demokratie, in England, wurde ein Gesetz angenommen, das die Koalitionsfreiheit ein halbes Jahrhundert zurückzuwerfen sucht und das geeignet ist, die ganze europäische sozialpolitische Reaktion gewaltig zu fördern.

In England können wir das Nebeneinander von politischer und sozialpolitischer Reaktion wiederum feststellen. Der Kampf gegen die Koalitionsfreiheit, gegen die Gewerkschaften geht mit dem Kesseltreiben gegen das Unterhaus, mit dem Kampfe um die Stärkung der Rechte des Oberhauses einher. Ebenso wie die englische Demokratie in ansehnlichem Maße durch die wirtschaftliche Vorherrschaft Englands bedingt war, ist die englische Reaktion eine Begleitererscheinung der Krise der englischen Wirtschaft. Die Tatsache, die von der marxistischen Theorie schon vor Jahrzehnten vorausgesagt wurde, nämlich die Verschärfung des Klassenkampfes durch den Verlust der wirtschaftlichen Ausnahmestellung Englands, ist in einem Grade Wirklichkeit geworden wie nie zuvor.

Ganz gewiß ist die englische Reaktion nicht faschistisch, aber ihre Sympathie für den Faschismus hat nicht nur außenpolitische Gründe, sondern beruht auch auf einer innerpolitischen Wahlverwandtschaft. Das Bündnis zwischen der mächtigsten parlamentarischen und der mächtigsten antiparlamentarischen Reaktion rief die Erscheinungen hervor, die auf der Internationalen Arbeiterkonferenz in Genf zum Scheitern der Behandlung des Problems der Koalitionsfreiheit geführt haben. Die italienische Carta de Lavoro und die englische Magna charta der Streikbrecher, wie der Gewerkschaftsentwurf in England spöttisch genannt wird, hatten zwischen den Regierungen und dem internationalen Scharfmachertum ein so starkes Bündnis geschaffen, dem gegenüber die internationale und leider international gespaltene Arbeiterschaft nicht aufkommen konnte.

Der Angriff der englischen Reaktion auf die Koalitionsfreiheit, der Weg, den der englische Konservatismus eingeschlagen hat, wird aber zum entgegengesetzten Erfolg führen, als die englischen Reaktionäre beabsichtigt hatten. Zu den größten Hindernissen der europäischen Arbeiterbewegung gehörte das mangelhafte Klassenbewußtsein des englischen Proletariats. Das Klassenbewußtsein aber wird dem Proletariat von den englischen Kapitalisten eingehämmert. Und das erwachte Klassenbewußtsein wird nicht erlahmen, bis das Proletariat mit der Eroberung der politischen Macht die teilweise verlorene Koalitionsfreiheit wiedergewonnen haben wird. Der Feldzug der europäischen Reaktion gegen die Koalitionsfreiheit wird hoffentlich den Wert der Koalitionsfreiheit auch für den Teil der Arbeiterschaft augenfällig machen, der sie bisher nicht gebührend einzuschätzen vermochte. In einem Zeitalter, in dem die nationalen und internationalen Kartelle eine nie erreichte Höhe des Organisationsgrades der kapitalistischen Unternehmer ermöglicht haben, gehört die Organisationsmöglichkeit der Arbeiterschaft zu den höchsten Werten des Proletariats.

Kampffonds sorgen müssen, damit die Kollegenschaft einen uns so aufgewungenen Kampf siegreich befehlen kann.

Die Ortsverwaltung beantragt daher, bei der Generalversammlung zu beschließen, jedes Mitglied zu verpflichten, pro Monat einen Extrabeitrag seiner Beitragsklasse entsprechend zu zahlen, darüber hinaus ist es jedoch jedem Mitglied unbenommen, mehr Extramarke zu kleben als wie festgelegt sind.

Auf die mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen entspann sich eine lebhafteste Diskussion, worin namentlich der Gedanke Solidarität und Opferwilligkeit zu üben hervortrat und gleichzeitig auch Anträge kamen, die über den Vorschlag der Ortsverwaltung hinausgingen, wodurch noch mehr Geld aufgebracht werden könnte. Die Versammlung beschloß aber dann den Vorschlag der Ortsverwaltung anzunehmen.

Mit einem Appell an die Mitglieder, die nächste Versammlung ebenso zahlreich zu besuchen und treu aufzumuntern, wurde die äußerst gut besuchte Versammlung geschlossen.

Hannover. Ueberaus zahlreich, Saal und Galerien des ohnehin nicht kleinen Saales waren bis auf den letzten Platz gefüllt, war die hannoversche Kollegenschaft am 19. August in einer außerordentlichen Versammlung erschienen, um Stellung zu den letzten Tarifverhandlungen zu nehmen. Gauleiter, Kollege Kornacker, referierte über den Kampf um den Api-Manteltarif. Er schilderte eingehend den Verlauf der Verhandlungen in Dresden, die nach mehrwöchigen scharfen Auseinandersetzungen ergebnislos abgebrochen wurden. Am 4. Juli wurden die Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium fortgesetzt, mit dem Ergebnis, daß der bekannte Schiedspruch gefällt wurde, der uns für Mehrstunden 25 Proz. Zuschlag, eine verbesserte Lohnstaffel und eine Erhöhung des Akkordlohn von 15 Proz. auf 20 Proz. brachte. Dieser Schiedspruch sei von den Unternehmern mit großer Entrüstung abgelehnt worden. Die von uns beantragte Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs habe zu sehr bewegten Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium geführt. Auch hier habe eine Einigung nicht erzielt werden können, die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs aber sei vom Reichsarbeitsministerium abgelehnt worden. Am 11. August hätten auf Verlangen der Unternehmer neue Verhandlungen stattgefunden. Hier hätten die Unternehmer uns schließlich für die Mehrstunden eine Entschädigung von 25 Proz. zugestanden. Sie waren auch bereit, uns eine Verbesserung der Lohnstaffel für die Gehilfen, entsprechend der Lohnstaffel im Buchdruckerbuchbindertarif zuzugestehen. Mit aller Entschiedenheit aber hätten sie eine Verbesserung der Arbeiterinnenstaffel abgelehnt. Auch diese Verhandlungen seien deshalb ergebnislos geblieben. Die zur Verhandlung anwesenden Tarifauschussmitglieder hätten sich nicht entschließen können unter diesen Umständen den Vertrag neu zu tätigen. Es hänge nunmehr von der Entscheidung des Gesamtarifauschusses ab, was nun werden solle. Die Verhandlungen über die Tarifverträge seien mit allen Arbeitgebergruppen von Jahr zu Jahr schwieriger geworden. Diese außerordentlichen Schwierigkeiten zeigten uns, daß die Kollegenschaft selbst für die Zukunft mehr Aktivität an den Tag legen muß. Es gehe nicht mehr an, alles Heil vom Tarifauschuss und Verbandsvorstand zu erwarten. Mehr gewerkschaftliche Betätigung der Mitglieder, mehr Werbetätigkeit für den Verband, Beteiligung aller an dem Aufbau des Kampffonds seien zwingende Notwendigkeiten, wenn wir die gesteckten Ziele erreichen wollen. An diese Ausführungen knüpfte sich eine sehr lebhafteste Aussprache. Eine ganze Anzahl Kolleginnen und Kollegen nahmen das Wort und brachten mit Entrüstung zum Ausdruck, daß die ganze bisherige Tarifpolitik der Unternehmer Konjunkturpolitik gewesen sei. Die schlechte Wirtschaftslage sei unternehmerseitig ausgiebig benützt worden, um ihnen unangenehme Bestimmungen aus den Tarifen zu entfernen. Durch fortgesetzte Reduzierungen der Akkordpreise habe man versucht, den Akkordlohn der Kollegenschaft immer mehr herabzudrücken. Es gäbe heute noch Akkordpreise, die um 12 Proz. unter den Vorkriegsakkordpreisen lägen. Die Kollegenschaft sei nicht gewillt, sich weiterhin in solche Verhandlung gefallen zu lassen. Sie stehe voll und ganz hinter ihren Unterhändlern und sei gewillt, wenn es sein müsse, auch die letzten Konsequenzen auf sich zu nehmen. Stürmischer Beifall und lebhafteste Zwischenrufe brachten die Erregung der Versammlung über das Gehörte zum Ausdruck. Nachstehende Entschließung fand einstimmige Annahme:

Entschließung:

Die am 19. August in Hannover tagende außerordentliche Versammlung der in den Api-Betrieben beschäftigten Buchbinderarbeitgeber und -arbeiterinnen nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem geringen Entgegenkommen der Arbeitgeber bei den Mantel-

Zählst du deinen Beitrag richtig?

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 35. Wochenbeitrag für 1927 fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten. Achte auf darauf, daß der Beitrag in der vorgeschriebenen Höhe geleistet wird.

tarifverhandlungen und von der Ablehnung des Schiedspruchs vom 4. Juli. Die Versammlung erkennt die Tätigkeit des Tarifauschusses und Verbandsvorstandes bei den Verhandlungen an und gibt der Erwartung Ausdruck, daß beide Körperschaften wie bisher auch weiter mit allem Nachdruck für die Verbesserung der Manteltarifbestimmungen im Sinne der gestellten Anträge eintreten. Die Versammlung erklärt, daß sie voll und ganz hinter ihren Unterhändlern steht und gewillt ist, wenn es sein muß, auch die äußersten Konsequenzen auf sich zu nehmen.

Hannover. Am 15. August fand unsere sehr gut besuchte Generalversammlung statt. Eingangs der Versammlung ehrte Kollege Kornacker das Andenken der verstorbenen Mitglieder Reinhold Kubolt, Karl Beschel, Mimmi Brömer, Marie Kludemann und Hermine Meyer. Dann gedachte er in warm empfundenen Worten des in Chemnitz verstorbenen Kollegen und Gauleiters, Emil Pfühe, der seit Jahrzehnten für die Organisation tätig, stets ein treuer Freund und Kollege der gesamten Kollegenschaft sein Alles für die Organisation eingesetzt und vorbildliches für sie geleistet hat.

Der von Kornacker gegebene Geschäftsbericht vom verfloffenen Quartal zeugte von emsiger Tätigkeit der Ortsverwaltung. Die Mitgliederzahl, die am Anfang des Quartals 626 männliche und 1048 weibliche Mitglieder betrug, bestand am Ende des Quartals aus 623 männlichen und 1042 weiblichen Mitgliedern. Der Kassenbericht, den der Kollege Kempe gab, bilanzierte für die Verbandskasse mit 18 102,55 M. 9700 M. konnten an die Verbandskasse abgeführt werden. Die Lokalfasse hatte eine Einnahme von 4208,95 M. und eine Ausgabe von 3979,50 M. Der Kassenbestand betrug 16 076,22 M.

Kornacker berichtet dann kurz über die letzten stattgefundenen zentralen Tarifverhandlungen und teilt mit, daß sich hiermit noch eine außerordentliche Versammlung im Laufe der Woche beschäftigen soll. Anschließend weist er darauf hin, daß infolge der Schwierigkeiten, die sich bei der Hartnäckigkeit der Arbeitgeber und bei dem Kampfwillen, der im Unternehmerlager immer schärfere Formen annehme, wir ungewissheit über kurz oder lang zu scharfen Auseinandersetzungen kommen müßten. Bereit sein für den Kampf sei zwingende Notwendigkeit. Deshalb sei es auch notwendig, für einen starken Kampffonds Sorge zu tragen und er ermahnt die Kollegenschaft ohne Ausnahme dazu beizutragen. Diese Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall mitgenommen. Eine Anzahl Kollegen sprach ihr lebhaftes Bedauern aus, daß der Beitrag zum Kampffonds nicht obligatorisch ausgeschrieben sei.

Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten fand die eindrucksvoll verlaufene Versammlung ihr Ende.

Köln. Am 19. August fand in Köln eine Generalversammlung statt, welche sich mit der Erhebung von Extrabeiträgen für einen außerordentlichen Kampffonds befaßte. Kollege Dreger stellte eingehend die Notwendigkeit dieser Maßnahme dar. Scharf wandte er sich gegen die Unorganisiertheit, die mitschuldig seien an dem Verhalten der Arbeitgeber. In der Diskussion wurden Maßnahmen zur Durchführung der Extrabeiträge besprochen. Einstimmig wurde dann folgender Beschluß gefaßt: Die Zahlstelle Köln erkennt die Notwendigkeit der Bildung eines Kampffonds an. Sie verpflichtet die Mitglieder der zweiten und dritten Beitragsklasse, wöchentlich einen Extrabeitrag von 25 Pf. zu leisten, Mitglieder der vierten und fünften Klasse wöchentlich 50 Pf. Mitglieder, welche einen höheren Verdienst haben als 65 M. pro Woche, sollen gehalten sein, 1 M. zu leisten. Die Extrabeiträge werden ab 36. Woche 1927 bis zur Aufhebung des Beschlusses gezahlt.

Plauen. Am Sonnabend, dem 6. August 1927, hielt die Zahlstelle ihre Bierjahresversammlung, verbunden mit Unterhaltungsabend und Wimpelweihe der Jugendabteilung, im Gewerkschaftshaus ab. Diese Versammlung, die zugleich auch als Werbeversammlung einberufen war, hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen. Für den Unterhaltungsteil hatten sich die Genossin Martel Glück, die stimmungsvoll Lieder zur Laute

zum Vortrag brachte, sowie der Touristenfreund Herbert Schmauß mit heiteren Rezitationen zur Berjüngung gestellt.

Am geschäftlichen Teil gedachte der Vorsitzende Kollege Liebig in ehrenden und lieben Worten des viel zu früh verstorbenen Gauleiters Kollegen Pfühe, die allen Anwesenden stark zu Herzen gingen. Ferner gedachte er der regen Verbandsstätigkeit desselben von seinen jungen Jahren an bis in die letzten Tage seines Lebens. Der Kollege Liebig wies weiter auf die ergreifende Feier bei der Einäscherung des Entschlafenen hin. Zu Ehren des Verstorbenen erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen. Hierauf erstattete der Vorsitzende den Vorstandsbericht über das verfloffene Quartal und anschließend auch den Kassenbericht. In der nachfolgenden Diskussion wurde auf Antrag des Revisors, Kollegen Dietrich, dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Als weiterer Punkt wurde die Sachjenfahrt zur Ausstellung „Das Papier“ in Dresden eingehend besprochen.

Unter Punkt Verschiedenes kamen einige kleine Angelegenheiten zur Verhandlung. Nachdem damit der geschäftliche Teil erledigt war, ging man zum unterhaltenden Teil über.

Die imposanten Vorträge der Genossin Glück und des Genossen Schmauß wechselten im Laufe des Abends einander ab. Dazwischen ließ sich unsere Jugendabteilung durch Wander- und Jugendlieder vernehmen, während ein junger Kollege sehr stimmungsvoll das Gedicht „Wir sind die Jugend“ zum Vortrag brachte. Bei der Ueberreichung des Jugendwimpels brachte der Kollege Liebig zum Ausdruck, daß die Anschaffung desselben um so höher zu bewerten sei, weil dieser Wimpel von dem gesparten Gelde der Jugendlichen (Lehrlingen) bestritten worden ist. Mit dem Wunsche, daß dieser Wimpel noch mehr zur Festigung der Jugendabteilung beitragen und die Jugend auf recht vielen Wanderfahrten begleiten möge, überreichte der Vorsitzende den Wimpel. Jugendleiter, Kollege Dietrich, dankte und brachte mit seiner Jugendabteilung ein dreifaches „Frei Heil“ aus. So nahm der Abend einen sehr harmonischen Verlauf.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes

1. Der Buchbinder Richard Zahn aus Plauitz ist wieder einmal aufgetaucht und versucht in den Zahlstellen unberechtigterweise Unterstützungen zu erlangen. Verbandsausweise besitzt Zahn nicht. Wir warnen die Kassierer vor ihm und empfehlen, an Durchreisende, die keine Verbandsausweise haben, auch örtliche Unterstützungen nicht auszugeben.

2. Der Reichsstark für die Kartonnagenindustrie, gültig ab 1. Februar 1927, ist dem Tarifauschuss und allen Ortsverwaltungen in je 1 Exemplar zugesandt worden. Weitere Exemplare sind durch Vermittlung der Bau- und Ortsverwaltungen von uns zu beziehen. Der Preis beträgt 30 Pf einschließlich Porto.

Abrechnungen

vom zweiten Quartal gingen weiter bis zum 23. August bei der Verbandskasse ein von:

- Ludenwabe 2700,— M., = Bünde —,— M., = Dortmund 1 800 M., = Weisensels 150,— M., = Nerchau 500,— M., = Kirchheim-Teck 200,— M., Ulm 430,— M.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von den Zahlstellen in: Wittenberg, = Göttingen, = Aachen, = Halle, Tennstedt, = Grimma, Großhain, Jitzau, Zwidau, = Troffingen.

Adressenänderungen:

- B. = Bevollmächtigter, K. = Kassierer. Aachen: B. u. K.: H. Simons, Mauerstr. 56. Belfenkirchen: B.: W. Meyer, Roonstr. 50 II. K.: P. Ackermann, Bismarckstr. 47 I. Ruhlra 1. Thür.: B.: K. Hoffstodt, Dornjengasse. K.: H. Schäfer, Knaubstr. 46. Ulm: B.: H. Breier, Kesslerstr. 24 II. K.: E. Weber, Bessererstr. 26 II.

Inhaltsverzeichnis.

Koalitionsfreiheit und soziale Reaktion. Der Mißbrauch der einstweiligen Verfügungen. Grundgedanke, Gesichtspunkte und geltendes Recht des Tarifvertrages. 111. Berichte: Bielefeld. — Dresden. — Hamburg-Altona. — Hannover. — Hannover. — Köln. — Plauen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes: Abrechnungen. — Adressenänderungen.